

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,- M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Letzterzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 237.

Mittwoch, den 9. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Die Wacht am Rhein

Notgedrungen griffen wir zum Schwert. Nicht nur um den deutschen Strom, um unser Leben, um die Zukunft unseres Volkes ruft das alte Kampfbild alle Deutschen auf die Schanzen. An keinem Ohr darf der Kampftruf verhallen. Im Schicksalssturm des Volkes müssen wir einmütig durch die Tat beweisen:

Wir alle wollen Hüter sein!



Hoffnungen — Befürchtungen.

Die erste Aufregung über den Friedensschritt unserer neuen Regierung hat sich rasch wieder gelegt in deutschen Landen. Man hat seine nüchterne Beurteilung der Weltlage zurückgewonnen und wartet mit der Gelassenheit der guten Gewissens auf die Dinge, die da kommen sollen. Ist jetzt bei uns nach den Wünschen der neuen Männer nicht nur bei der Bildung der neuen Regierung, beim Abbau der alten Verfassungsaufstände in Deutschland, sondern auch gleich bei dem ersten Schritt ins Leben, den der Nachfolger des Grafen Hertling unternahm, verfahren worden, so wird kein Sterblicher mehr behaupten können, daß in Berlin auch nur ein Schritt noch unterlassen worden sei, der uns den Frieden hätte sichern können. Genau so ist von deutscher Seite in den schicksalsschweren Julitagen des Jahres 1914 bis zum äußersten gekämpft worden, um den Ausbruch des Weltkrieges hinauszuführen — es hat alles nichts genutzt, und das Verhängnis nahm seinen Lauf. Was jetzt dem Friedensgeheimnis des Bringen von Baden kein besseres Los beschieden sein sollte, so würden sich daraus für unser weiteres Verhalten die Folgerungen von selbst ergeben. Das deutsche Volk ist entschlossen, lieber unterzugehen als sich von übermächtigen Feinden demütigen und knechten zu lassen. Das hat die neue Regierung mit der gleichen Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht wie es von Seiten der Vorgänger des jetzigen Reichskanzlers geschehen ist.

Einstweilen ist noch nicht zu erkennen, was Herr Wilson zu tun gedenkt. Es ist möglich, daß er die deutsche Friedensnote ebenso rasch und entschieden zurückweist, wie es dem Grafen Burián gegenüber beliebt hat: es kann aber auch sein, daß er diesmal ein bedächtigeres Verhalten vorzieht, weil, was ihm durch den prinzipiellen Reichskanzler nahegelegt wird, ungleich fester und tiefer ist als der noch ziemlich allgemein und unverbindlich gehaltene Wiener Vorschlag. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß damals ausdrücklich der abgeschwächte Fortgang der militärischen Operationen zu stehen wurde, während diesmal auch von einem Gehalt im Waffenstillstand die Rede ist. Und heißt es auch nur, daß die Friedensansichtungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Grundlage für die angestrebte Verständigung angenommen würden, so wird doch Gewicht darauf gelegt, daß kein Programm in diesem Sinne ohne Ausnahme und Einschränkung angenommen wird, also einschließlich jenen Punkte, die selbst nach sozialdemokratischer Auffassung den dauernden Frieden nicht verbürgen, sondern gefährden würden. Man vertraut eben darauf, daß, wo der ehrliche Wille zur Beendigung des Völkernordens vorhanden ist, auch ein Weg zu diesem Ziel gefunden werden wird, und nur darum kann es sich in Wirklichkeit handeln, ob man auf der Gegenseite uns vorzuziehen oder mit dem deutschen Volk in Zukunft nach der von Herrn Wilson selbst aufgestellten Grundsätzen in Eintracht zusammenleben will. Die Wahl ist inhaltlich schwer, aber einfach. Wir können jetzt nicht mehr tun, als die Entscheidung von jenseits des Meeres in Ruhe abwarten.

Neuter, Havas und wie die Kanäle sonst noch benannt sein mögen, durch welche die öffentliche Meinung der Welt unablässig gegen uns geseift wird, tun inzwischen ihr Bestes, um auch diese Aktion der Mittelmächte zum Scheitern zu bringen. In Paris namentlich hat man sich niemals seinem Ziele nahe gefühlt als jetzt, und schon glaubt man von der prophetischen Ankündigung: „nous les aurons, wir werden sie schon kriegen“, zu dem Jubelruf übergehen zu können: „nous les avons, wir haben sie!“ Also läßt Clemenceau die französische Presse auf den Ton abstimmen: der Krieg wird fortgesetzt, und schon sind seine Trabanten mit dem Urteil fertig, daß man sich bei dieser bedeutungslosen Episode des deutschen Friedensschrittes einen Augenblick aufzuhalten brauche. In London hält man diesmal, wie es scheint, etwas mehr zurück mit seiner Meinung. Man mischt die guten und die schlechten Zensuren über unsere neue Regierung und ihre erste Amtshandlung etwas funderbunt durcheinander, eine ambivalente Parole ist also noch nicht ausgegeben worden. Oder man hält es für klüger, der Willensherabsetzung des Präsidenten Wilson nicht vorzugreifen, weil man mit Voreiligkeit dieser Art schon zuweilen üble Erfahrungen gemacht hat. Auch aus den vereinigten Staaten gewinnt man den Eindruck, daß die unermessliche und beständige Depressie diesmal etwas gehaltener gehalten wird als sonst. Die ungeheure Verantwortung für die Entschlüsse, die jetzt in Washington gefaßt werden sollen, ist auch in der Neuen Welt in ihrer ganzen Wichtigkeit deutlich empfunden zu werden. Läßt man Verstand und ehrlichen Friedenswillen walten und hält alle jene traurigen Gefellen, denen die

kriegsbedeutsame Selbsttätigkeit ist, von den Überlegungen der naheliegenden Männer fern, so sollte eigentlich die Antwort auf die deutsche Note von selbst gegeben sein. Aber wir werden gut daran tun, auf dieser schwachen Grundlage keinerlei Hoffnungen aufzubauen, zumal im bisherigen Verlauf des Krieges auch weitgehende Befürchtungen schließlich immer noch übertroffen worden sind. Seiten wir bereit, alles, was kommen mag, starken Herzens entgegenzunehmen. Alles andere steht in Gottes Hand.

Die Gegner über den Friedensruf.

Französische, englische, italienische Stimmen.

Ein freundliches Echo ist es nicht, das aus den kriegstreibenden Blättern der Entente — und das ist die Mehrzahl — auf die Friedensnote der Mittelmächte an Wilson antwortet. In Frankreich mußte sogar die Havasagentur eine Fanzare blasen, um der Presse das Signal zum Ablehnungschorus zu geben. Sie befolgt denn auch diesen Befehl bis auf die bisher schon andere Wege gehenden Organe. Vorsichtiger, zurückhaltender verhalten sich die Vorbereiter der öffentlichen Meinung in England. Das offiziöse Neutembureau mandatiert mit ziemlich unentschiedenen Redensarten, nämlich, um der Regierung Zeit zur Überlegung oder zum Warten auf die Befehle aus Washington zu lassen. Einige Stichproben mögen den Eindruck in der feindlichen Auslandspresse veranschaulichen.

Frankreich.

„Matin“: Wer könnte von den Verbündeten Frankreich nach vier Jahren solchen Aushaltens verlangen, mit seiner Demut die Abrechnung für beglichen zu halten, ohne daß man von ihnen die Sanktionen erlangt hat, die das Recht erfordert, und die die unerlässliche Wiederherstellung für die Zukunft Frankreichs sind? „Revue Parisienne“: Mit welchem Deutschland und mit welchem Österreich kann man verhandeln? Welche Garantien geben ihre staatlichen Einrichtungen? Welches Vertrauen verdienen ihre Regierungen? „Journal“: Den Deutschen, den Österreichern und den Türken werden wir antworten, was wir den Bulgaren geantwortet haben. Kein Waffenruhe vor der einfachen Kapitulation und einer Kapitulation ohne jede Diskussion der Bedingungen der Klar und unabänderlich sind, und volle Wiederherstellung und Befriedigung der deutschen Ansprüche. „L'Homme Libre“, das Organ Clemenceaus: Wir werden uns nicht abhalten lassen. Der Krieg wird fortgesetzt. „Temps“: Die deutsche Regierung beruft sich nur auf die Grundsätze Wilsons, um den Alliierten die Waffen aus den Händen zu nehmen. Wenn die deutschen Truppen wieder Atem geschöpft hätten und die kaiserliche Regierung populär und stark sei, würden die deutschen Bevollmächtigten die angebliche Basis der Unterhandlungen wieder umwerfen. „Victoire“ (Groses Blatt): Nachdem die Zentralmächte die Friedensbedingungen angenommen haben, kann man anfangen zu reden. „Deux“: Wenn wir auch unsere Gefühle Gewalt antun müssen, so müssen wir doch begreifen, daß, wenn die Stunde der Abrechnung gekommen ist, nicht mehr die Gerechtigkeit, sondern die Gerechtigkeit unserer Ratgeber sein muß. Der beste Sieg wird nicht die Niederlage sein. „Populaire“: Angesichts des Vorschlages der Zentralmächte, auf so vorläufigen Grundlagen in Verhandlungen einzutreten, sehe man die Extremisten heulen, damit der Krieg, koste es was es wolle, fortgesetzt werde. Sie sollten aber noch die zu bringende Opfer in Betracht ziehen und nicht den Feind, der noch über neun bis elf Millionen Soldaten verfügt, für vernichtet erklären. Die „Action française“: Mit dem Bringen von Baden ist Deutschland wieder in die Lage versetzt, in der es war, als Wilhelm von Dörmann an seiner Spitze stand. Im Dezember 1918 geht auch heute von Deutschland das Angebot von Friedensvorschlägen aus. Sie wurden damals abgelehnt, auch heute dürften sie zurückgewiesen werden, um zwar aus noch viel gewichtigeren Gründen.

England.

„Daily News“: Lange peinliche Erfahrungen haben ungelehrt, den deutschen politischen Methoden zu misstrauen. Aber in diesem Schritt ist ein neuer Ton von Niederlage und Anerkennung der Tatsachen zu hören. Ist diese große Umkehr wirklich gekommen, so ist der Friede für den die Alliierten gekämpft haben, in Sicht. Gibt die Rede des Reichskanzlers den Geist Deutschlands wieder, so bedeutete sie, daß das Ziel erreicht und der preussische Militarismus gebrochen ist. „Daily Chronicle“: Das deutsche Friedensangebot ist da wichtigste, das bisher erfolgte. Und es ist selbstredend, daß die Verbündeten dem Angebot die größte Achtung widmen werden. Entschädigungen, Wiederherstellung und Garantie müssen wir haben. Sie, die den Krieg verursacht haben, müssen für immer geschlagen sein, daß auch nicht der leiseste Zweifel herrscht, wer den Krieg gewonnen hat. „Evening Telegram“: Es ist eine Friedenskonferenz kommt, nur verleihe, der im Namen Deutschlands spricht, ob es nur Kaiser, Prinz oder Reichspräsident oder irgendein anderer sei, das kaiserliche Versprechen ablegen, Deutschlands Verbrechen zu sühnen und einzugehen, daß Verbrechen begangen wurde.

Italien.

„Corriere della Sera“: Der jüngste Schritt der Mittelmächte bedeutet den letzten Versuch, das allgemeine Friedensbedürfnis auszuhebeln, damit die logischen und notwendigen Folgen der Niederlage von Deutschland abgewendet werden. Deutschland inspektiert auf die Empfindsamkeit der zivilisierten Welt. Die Antwort der Entente aber wird den Feind nötigen offen Farbe zu bekennen. „Secolo“: Gerade weil die Entente ihres militärischen Erfolges sicher ist, wird sie die Forderung nicht durch die Annahme des deutschen Waffenstillstandsantrages schädigen. Besonders muß Italien auf die Entscheidung durch die Waffen bekämpfen, da sein Schicksal da Ende Österreich-Ungarns sei. „Epoca“: Deutschland muß bedingungslos übergeben. Mit Österreich-Ungarn kann die Entente überhaupt nicht verhandeln, sondern nur mit den einzelnen Völkern der Monarchie, welche einen eigenen Staat bilden im Begriffe sind.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“ meldet, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß die deutsche Friedensnote in englische Erwägung gezogen würden, solange Deutschland noch Teile Frankreichs und Belgiens besetzt hält. Der Washingtoner Korrespondent des „New York World“ gibt: Maßgebende Regierungskreise äußern sich noch nicht.

man vertritt aber, daß Deutschland und Österreich tatsächlich bedingungslos kapitulieren müßten, wenn sie wollen, daß der Krieg ein Ende nimmt, bevor die Alliierten in Deutschland einbrechen und es zerstören. Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meldet: In Washington herrscht eine erhebliche Begeisterung über die Form der neuen deutschen und österreichischen Note. Man sieht den Berliner Vorschläge wohl gegenüber. Im allgemeinen komme die Aufnahme von Wilsons Bedingungen einer bedingungslosen Übergabe letzten Deutschlands, Österreichs und der Türkei gleich. Starke Männer in Washington und in den Hauptstädten der Alliierten seien überhaupt dagegen, die Feindseligkeiten einzustellen.

Französische Sozialisten für Verhandlungen.

Eine Botschaft an Wilson.

Einstimmig beschloß der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei, an den Präsidenten Wilson eine Botschaft zu richten, in der über den Friedensvorschlag der Mittelmächte gesagt wird, dieser Schritt sei der Beweis eines vollständigen Meinungsumschwungs, der die Nationen zur Freiheit und zum Frieden zurückführe. Die sozialistische Partei erkläre deshalb, daß die Alliierten unter der Bedingung unentbehrlicher diplomatischer und militärischer Garantien, den Vorschlag nicht ablehnen dürfen. Das Manifest konstatiert, der Kaiser habe seine neue Regierung als Volksvertretung hingestellt und damit anerkannt, daß für die Herstellung eines dauerhaften Friedens die Nationen sich gegenseitig Garantien geben müßten. Die Partei erblicke darin eine erste Anstrengung zu einer demokratischen Lösung und verlange eine energische Aktion in dieser Richtung.

Die neue Regierung.

Abgeordneter Trimborn Staatssekretär des Innern, Berlin, 8. Oktober.

Wie bereits angekündigt, wird als Vertreter der Nationalliberalen der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, in den engeren, dem Kaiser beigegebenen Kabinettsrat treten. Dieser neu geschaffene Kabinettsrat setzt sich demnach aus den Staatssekretären v. Baurer, Groeber, Erxberger, Scheidemann und Dr. Friedberg zusammen. Dr. Friedberg hat bereits an einer Sitzung des Kabinettsrats teilgenommen. Zum Nachfolger des scheidenden Staatssekretärs des Innern, Dr. Ballraf, ist der Zentrumsabgeordnete Trimborn ausgerufen. Der neue Staatssekretär des Innern Karl Trimborn steht im 64. Lebensjahre. Er ist Rechtsanwalt in Köln und gehört zu den älteren Zentrumsvorkämpfern im Reichstag, in den er zuerst 1896 als Vertreter von Köln gewählt wurde. Diesen Wahlkreis hatte er bis 1912 inne, dann unterlag er seinem sozialdemokratischen Gegner, doch wurde er in einer Nachwahl vom Siegfriede in den Reichstag entsandt. Trimborn hat sich im Plenum wie in verschiedenen Kommissionen des Reichstags eifrig betätigt und erfreut sich auch außerhalb des Kreises seiner engeren Parteigenossen wegen seiner umfassenden Sachkenntnis und seines Humors allgemeiner Wertschätzung.

Der schon vor einigen Tagen als bevorstehend gemeldete Rücktritt des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers v. Berg wird jetzt amtlich bestätigt. Zu seinem Nachfolger soll eine mit den parlamentarischen Verhältnissen und Gepflogenheiten vertraute Persönlichkeit berufen werden.

Württemberg und die neue Reichsregierung.

Der „Staatsanzeiger“ für Württemberg, das amtliche Organ der württembergischen Regierung, schreibt über die Stellungnahme Württembergs zur Reichsregierung folgendes: Wir begrüßen die Regierung des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden; das deutsche Volk erwartet von ihr vertrauensvoll den baldigen Abschluß des erwünschten Friedens und eine glückliche Überleitung in das neue Deutschland, wie es das Wohl des Vaterlandes erfordert. Sollten unsere Gegner die gebotene Hand zurückweisen und die Hoffnung auf den Sieg den Gedanken des Völkerrückfalls zunichte machen, so blicken wir mit fester Zuversicht auf die unvergleichlichen Verteidiger unserer Heimat.

Die deutsche Regierung und Wilsons Programm.

Die halbamtliche Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Die Kölnische Zeitung glaubt, zwischen dem Programm der Reichsparteien und dem Programm des Präsidenten Wilson gewisse Unterschiede zu erkennen. Dem gegenüber kann nicht bestimmt genug betont werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstags das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.

Ein deutscher Entwurf für den Völkerbund.

Wie von ausländischer Seite verlautet, sind die mit der Gründung eines Völkerbundes zusammenhängenden Fragen seit längerer Zeit im Auswärtigen Amt unter Zuziehung von Parlamentariern und Völkerrechtslehrern eingehend erörtert worden. Diese Erörterungen haben bereits zur Aufstellung formulierter Vorschläge geführt, die im wesentlichen die in dem bekannten Programm der Reichsparteien als Grundlagen des Völkerbundes aufgeführten Punkte betreffen. Zwecks Beratung dieser Vorschläge und Herstellung eines endgültigen deutschen Entwurfs wird vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Kommission berufen, der neben den Vertretern der beteiligten Ressorts Parlamentarier und Völkerrechtslehrer und außerdem Vertreter sonst beteiligter Kreise angehören werden.

Der Kaiser über den Ernst der Stunde.

Saarbrücken, 8. Oktober.

Auf ein Telegramm der südwestdeutschen Industrie-vereinigung und der Handelskammer Saarbrücken antwortete Kaiser Wilhelm:

Geschätzte Dank für das Gelbblatt zurechtstehenden Ver-
trauens. Die Stunde ist ernst. Die Kämpfe für die Zu-
kunft des Vaterlandes und den Schutz der Heimat.
Dazu brauchen wir die geschlossenen Kräfte Deutschlands,
auf denen die Zukunft unserer Unüberwindlichkeit beruht.
Der Verteidigungswille muß alle lockeren Anschauungen
und Sonderwünsche zu einer großen Einheit der Auffassung
verschmelzen. Gott schenke uns etwas vom Geiste der Frei-
heitskriege.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Nach einer Verordnung des Bundesrates sind die
Beförderungsverhältnisse verpflichtet, aus ihren Mitteln eine
Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1918 gezahlten
Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die spätestens
vom 1. November 1918 ab zu gewähren und deren Betrag
je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis
zum Betrage von 5 Mark für jeden Unterstützten werden
die seit dem 1. November 1918 gewährten Erhöhungen der
Unterstützungen vom Reiche erstattet, und zwar zur Hälfte
allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der
gesetzlichen Mindestbeträge. Geringe Verbesserungen der Ver-
hältnisse der Unterstützten wie auch erheblichere Verbesserungen
ganz vorübergehender Art sollen regelmäßig nicht aus
Verabfolgung oder Einstellung der Familienunterstützung
führen.

* Die Geldabfindung zur Selbstbefriedigung für
einzelne Mannschaften wird in Abänderung des Erlasses
vom 28. Januar 1917 mit Wirkung vom 1. Oktober 1918
auf 270 Mark für die volle Tageslohn einschließlich
Brot festgelegt. Bei teilweiser Abfindung in Geld sind zu
gewähren: für die Mittaglohn 1,35 Mark, für die Abend-
lohn 90 Pfennig, für die Morgenlohn 45 Pfennig; Kost ohne
Brot 5 Pfennig weniger. Diese Festlegungen gelten auch
für Offiziere und Beamte, die Anspruch auf die Geldlohn
oder die Geldabfindung zur Selbstbefriedigung haben. Eine
etwaige Erhöhung der Vergütungssätze für Natural-
verpflegung wird besonders bekanntgegeben werden.

Finnland.

* Die Lösung der Königsfrage wird in der laufenden
Landtagsperiode kaum zustande kommen. Der Landtag
hat in zweiter Lesung den neuen Verfassungsentwurf mit
66 gegen 34 Stimmen angenommen. Der große Ausschuss
hatte vorher noch weitere Änderungen vorgenommen,
indem er das Einspruchsrecht der Krone in Fragen der
Landesverteidigung beseitigte. Die Abstimmung zeigt,
daß trotz dieses weitgehenden Entgegenkommens die für
die Durchbringung der Vorlage in der gegenwärtigen
Legung erforderliche Fünftelmehrheit nicht zu er-
langen ist.

Rußland.

* Dem Ernst der Lage Rechnung tragend, nimmt die
Sowjetregierung neue Maßnahmen vor. Durch einen Erlass
der Regierung werden alle Offiziere und Militärbeamten
unter 40 Jahren, die eine höhere militärische Bildung er-
halten haben, und solche, die etatsmäßige Ämter in den
Städten höherer Truppeneinheiten 1914/1918 bekleidet
haben, sowie solche, die in der höheren Intendantur-
verwaltung angestellt waren, einberufen.

Osterreich-Ungarn.

* Die Volksversammlung des deutschen Volkstages
für Österreich, die von Vertretern aller Kronländer be-
schickt war, und woran zahlreiche Reichstagsabgeordnete
unter Führung des Präsidenten Groß sowie mehrerer
Herrenhausmitglieder teilnahmen, beschloß einstimmig einen
Aufruf an das deutsche Volk, worin der künftige Frieden
als das Ende unendlicher Opfer und als Verheißung einer
besseren Zukunft begrüßt wird, vorausgesetzt, daß er die
Bedingungen für ein nationales und inneres Leben der
Deutschen unerschüttert läßt. Dieser Krieg müsse ein
allseitige Ordnung in der Stellung des deutschen Volkes in
Österreich herbeiführen. Die Deutschen Österreichs fordern
allseitig uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht. Deshalb

werden die Volksvertreter in den einzelnen Kronländern
aufgefordert, alle Vorkehrungen für die Einführung des
Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Österreich zu
treffen.

Polen.

* Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der Regent
Schastak einen Aufruf an das polnische Volk gerichtet,
in dem es u. a. heißt, daß jetzt die entscheidende Stunde
für die Zukunft des Polentums gekommen sei. Es geht
jetzt, den einmütigen Willen der Nation festzustellen an
dem Boden der Grundzüge, die für Schaffung eines un-
abhängigen Staates unter Einfluß aller polnischen Ge-
biete und mit einem Zugang zum Meer eintreten. Es
gelte die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des
polnischen Königreiches unter Garantie durch inter-
nationale Verträge. Wie ein Mann müßten alle Polen
zusammenstehen. — Die militärische Okkupation Polens
wird — im Einklang mit den Wünschen der polnischen Re-
gierung — vorläufig nicht aufgehoben, dagegen soll mit
dem Abbau der deutschen Zivilverwaltung unverzüglich be-
gonnen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 8. Okt. Dem preussischen Staatsminister Dr. Endor-
f bei seinem Auscheiden in einem warm gehaltenen Hand-
schreiben der Schwarze Adlerorden, dem Staatssekretär des
Innern, Staatsminister Balltraff der Kronenorden erste
Klasse verliehen worden.

Dessau, 8. Okt. Der anhaltische Landtag wird
heute vormittag mit einer Thronrede des Prinzen
Karl eröffnet. Sie enthält die Ankündigung einer Änderung
des Landtagswahlrechts, die Vorlegung eines Seelungs-
gesetzentwurfes, der in großartiger Weise die Innen-
kolonisation begünstigt.

Luxemburg, 8. Okt. Der Hofbericht gibt die Verlobung
der Prinzessin Charlotte von Luxemburg, der ältesten Schwester
der Großherzogin, mit dem Prinzen Felix von Bourbon
Parma, der Bruder der Kaiserin von Österreich, bekannt.

Birich, 8. Okt. Anlässlich der Einnahme von Damaskus
durch die Engländer hat Clemenceau an den Präsidenten der
Französischen Aktions-Komitees, L. Chérel Gano, ein Telegramm
geschickt, worin er das besondere Interesse Frankreichs an der
Konstituierung eines autonomen Syriens betont.

London, 8. Okt. Reuter erfährt, daß der Vertreter Groß-
britanniens in Moskau, Lockhart, die finnische Grenze er-
reicht hat. In seiner Begleitung befinden sich 81 Briten und
5 Franzosen. Die Ankunft in Stockholm wird für Mittwoch
erwartet.

Osaka, 8. Okt. Eine Verfügung der englischen Regierung
bestimmt, daß die Gesamtausfuhr aus England nach
allen europäischen Ländern, wenn nicht besondere Verordnungen
vorliegen, verboten ist. Nur die Ausfuhr nach den verbün-
deten Ländern ist zugelassen.

Der Krieg.

Ungewöhnliche Verluste der Entente.

Osaka, 8. Okt. Londoner Berichte lassen erkennen,
daß man dort besorgt ist, weil General Foch mit den eng-
lischen und amerikanischen Truppen so schrecklichen Raubbe-
uteil. Die englischen Truppen haben seit Beginn der
franko-englisch-amerikanischen Offensive zwischen St. Quentin
und Cambrai 150 000 Mann an Toten und Schwerver-
wundeten verloren, die Australier 60 000 Mann, die
Kanadier 30 % ihrer Stärke, die übrigen Hilfstruppen
15 %. Die Gesamtschwerer der Amerikaner schätzt man
seit ihrem Eintreten an der Marne auf rund eine halbe
Million.

Kleine Kriegespost.

Wien, 8. Okt. Nach dem amtlichen Weeresbericht
war gestern an der Tiroler Südfront die Artilleriekämpfe
unverändert lebhaft. Der durch die bulgarischen Ereignisse
totwendig gewordene Rückmarsch in Albanien geht ohne
Störung durch den Gegner vor sich.

Genf, 8. Okt. Wie die Agence Havas meldet, ist der
russische Botschafter Gortals, der kürzlich aus Deutschland
jedenfalls von einem Erkundungsflug nicht zurückgekehrt.

Washington, 8. Okt. Einer Reutermeldung zufolge ha-
ben gestern morgen der schwedische Gesandte die Rote Kreuz-
der schweizerische Gesandte die deutsche Rote Kreuz-
überreicht. Der Schweizer Gesandte überreichte Wilson persönlich
eine Abschrift der deutschen Note.

Lugano, 8. Okt. Lloyd George erklärte gegenüber der
Arbeitervertreter, daß er völlig auf dem Boden der 14 Wil-
sonischen Friedenspunkte stehe.

Vom Tage.

Staatssekretär des Innern Trimborn.

Berlin, 8. Oktober. Außer den schon bekannten Ernennungen wird im „Reichsanzeiger“ die Berufung des Geheimen
Justizrats Trimborn in das Staatssekretariat des Innern
bekanntgegeben.

Der Reichskanzler an Polen.

Berlin, 8. Oktober. An den polnischen Regentenschaft
hat der Reichskanzler einen Erlass gerichtet, in dem es heißt,
er habe den festen Entschluß, das Verhältnis des Deutschen
Reiches zu dem neu entstandenen Königreich Polen im Geiste
der Gerechtigkeit und des Verständnisses der beiderseitigen
Lebensinteressen zu gestalten. Der Reichskanzler will sich um
die möglichst schnelle Befriedigung der noch bestehenden Forderungen
der Okkupation bemühen.

Freilassung Willibalds erbeten.

Warschau, 8. Okt. Der Direktor des Staatsdepartements
Prinz Janusz Radziwill, hat den Reichskanzler telegraphisch
um Freilassung der verhafteten Willibald, Thugut und Grabs
gebeten.

Der englische General Sanders gefallen.

Birich, 8. Oktober. Der britische Morgenzeitung
meldet aus London: Der englische Brigadegeneral Sanders
wurde bei einem Besuch an der Front von einem deutschen
Geschütz getötet.

Die Trümmer von Lens.

Basel, 8. Oktober. Der Quasvertreter an der britische
Front drückt nach einem Bericht der „Baseler Nachrichten“
die britischen Truppen stehen bei ihrem Einmarsch in Lens
nur noch auf Ruinen. Die in einer zerstörten Stadt son-
derbarste erkennliche Kirche läßt sich nur noch an den Stein-
platten des Bodens ermitteln. Das Rathaus und die Monu-
mente sind nur noch Trümmer.

Der Eindruck der Friedensnote in Paris.

Osaka, 8. Oktober. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse
Courant“ wurde das Waffenstillstandsangebot der Mittelmächte
am Sonnabend Abend in Paris bekannt. Die Kunde
verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Überall auf den Straßen
blieben die Leute stehen und bildeten debattierende Gruppen.
Theater, Varietés und Kinos brachen die Vorstellungen ab
von den Bühnen verließen die Regisseure die Botschaften unter
dem Jubel der Zuhörer.

Französische Sozialisten wollen prüfen.

Genf, 8. Oktober. In der Landeskonferenz der Sozialistische
Partei Frankreichs führte Cachin aus, der Augenblick sei ge-
kommen, in dem die Partei sich mit den Angeboten der
Mittelmächte zu beschäftigen habe. Eine achtgliedrige Kom-
mission wurde eingesetzt, um die Vorschläge der Friedens-
noten zu prüfen.

„Versicherungen über bestimmte Garantien“.

Osaka, 8. Okt. Reuter erfährt aus ausländischen diplo-
matischen Kreisen (amerikanischen?), ihre Auffassung der Lage
entspreche etwa denjenigen der englischen Regierung. Man
müsse große Vorsicht beobachten. Die Rede des Prinzen Mo-
von Baden habe bewirkt, daß einige Punkte klarer als bis-
her erschienen. Reuter schließt, es sei unabweisbar, daß
Versicherungen über bestimmte Garantien gegeben werden
müßten.

Italienische Bedenken und Besorgnisse.

Bern, 8. Okt. Das Waffenstillstandsangebot der Mittel-
mächte scheint der italienischen Regierung sehr unangenehm
kommen. Aus den Zeitungen geht mit Deutlichkeit hervor,
daß Italien, von welchem weite Gebietsstrichen noch von
Feinde besetzt sind, heute die Liquidation seines Krieges be-
trachtet. Das Lösungswort aller Zeitungen ist die Forderung
der sofortigen Räumung aller besetzten Gebiete, bevor man
den Waffenstillstand abschließen. Man fürchtet sich, die von
den Mittelmächten anerkannten Wilsonschen Grundzüge anzu-
nehmen, möchte ihnen aber eine für Italien günstige Auslegung
geben.

Bulgariens vorbereiteter Abfall.

Bern, 8. Okt. Wie der Berner Bund mitteilt, bestärkt
sich, daß zwischen Bulgarien und der Entente oder zum
nächsten einzelnen Ententemächten schon vor längerer Zeit
Besprechungen über Sonderfriedensverhandlungen geführt
wurden. Es scheint festzustehen, daß damals Bulgarien ver-
sprochen wurde, daß sein Verbleiben von 1915 auf jeden Fall
wiederhergestellt werde.

Die Cholerafälle in Berlin.

Berlin, 8. Oktober. In Berlin sind bis heute Morgen
7 Fälle von Cholera amtlich gemeldet worden. Von diesen
sind 15 auf die Rostschlächtereien in der Linienstraße zurückzu-
führen. Bei zweien von den 17 Personen, welche in derlei
Bereichen wohnen, konnte der Genuss von Rostfleisch nicht sicher
abgewiesen werden. Von den 17 Kranken sind bisher 11
erstorben. Außer diesen sind zwei Fälle von Cholera von
kommen auf einem Schiff auf dem Kaiser Wilhelm-Kanal
et Marlenwerder im Kreise Niederbarnim. Die Erkrankten

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

19. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Es wird mir sein, als ob die Mauern mich
ersticken wollten. Ich bin kleine Räume nicht ge-
wöhnt,“ hatte sie ihm einmal gesagt. Und zum Trost
hatte er ihr damals geantwortet:

„Du wirst Zeit haben, dich an den Gedanken zu
gewöhnen, denn vorläufig denke ich noch nicht daran,
mich zu verheiraten, und bevor ich es nicht tue, brauchst
du nicht ins Witwenhaus überzusiedeln.“

Wahrscheinlich erregte sie nun der Gedanke, daß
es nun bald sein müsse, so sehr. Jetzt fiel auch sein
Bild auf die Verleumdung um ihren Hals. Er
kannte sie als zum Hamburger Familiensamuel ge-
hörig, und ein unangenehmes Gefühl stieg in ihm auf.

Ich nehme ihr viel durch meine Vermählung,
das macht sie so besorgt. Daran habe ich gar nicht
gedacht, daß ich ihr dadurch mancherlei Opfer auf-
legen muß, dachte er. Und fast beschlich ihn ein Gefühl
des Unrechts ihr gegenüber, und sie tat ihm leid.
Keine Ahnung hatte er jedoch, wie viel er ihr in
dieser Stunde genommen hatte. Er ermahnte sich
nur, nachsichtig zu sein.

„Warum darf es nicht sein, Gerlinde?“ fragte
er sanft.

Sie sank kraftlos in den Sessel zurück und presste
das feine Spitzentäschchen an ihren Mund, als müßte
sie einen qualvollen Aufschrei zurückdrängen. In dieser
Stunde erkannte sie erst voll und ganz, wie sehr sie
diesen Mann liebte. So sehr liebte sie ihn, daß
sie jetzt kaum daran dachte, was sie mit seiner Person
zugleich aufgeben mußte. Aber sie rang verzweifelt

mit sich selbst, daß sie ihre Fassung zurückerober-
te, damit sie sich nicht noch mehr verirrt. Jetzt durfte
er keine Ahnung davon bekommen, was sie ihm vor-
hin nur zu gern verraten wollte, — daß sie ihn liebte.
„Warum? Mein Gott — ich bin zu sehr über-
raskt — so raffnungslos — ich meine — ja — ich

meine — ich weiß doch, daß du — daß du Prinz-
Helene — die Großherzogin Albert — liebst — liebst,
stammelte sie, nach einem plausiblen Grund ihres Be-
nehmens suchend.

Er fuhr auf und in seinem Gesicht spannten sich
die Muskeln. Seine Augen blickten plötzlich scharf, fast
drohend.

„Wer hat dir das gesagt, Gerlinde?“

Sie biß sich in die Lippen.

„Wer — nun, das ist doch gleich,“ sagte sie
dann tonlos.

„Nein, das ist mir nicht gleich. Das Geheimnis
meines Herzens hat nie ein Mensch erfahren, außer
den zunächst Beteiligten. Ich muß wissen, wer dir
das gesagt hat, Gerlinde.“

Sie frampfte ihre Hände zusammen. Da hatte
sie eine Dummheit begangen in der Fassunglosigkeit
leit. Zu der Kenntnis von Rainers Liebe zur Prin-
zessin Helene war sie nicht auf einwandfreie Weise
gekommen. Sie hatte sich eines Tages in Rainers Ar-
mionter. Dabei war ihr ein Brief der Prinzessin
Helene in die Hände gefallen — ihr Abschiedsbrief
an ihn. Und den hatte sie gelesen. Angstvoll suchte sie
nach einer Ausrede und zwang ein schattenhaftes
Lächeln in ihr Gesicht.

„Rogus hat es mir eines Tages verraten, daß du
Prinzessin Helene liebst, daß du heimlich mit ihr
verlobt warst.“

Noch immer sah er sie bleich und drohend an.

„Rogus? Woher wußte das Rogus? Ich hab
es ihm nie anvertraut. Nicht einmal mein eigenes
Bruder hat den Namen der Dame gewußt, der mein
Herz gehörte. Ich habe mich mit meinem Ehrenwort
verbündet, ihn niemand zu nennen.“

Gräfin Gerlinde wußte, daß sie nur die größte
Ruhe und Bestimmtheit davor schätzen konnte, als
Spionin entlarvt zu werden. Daß sie dabei ihrer
toten Gatten anklagte, in fälschlicher Weise, irritierte
sie nicht.

„Rogus hat eines Tages einen Brief der Prin-
zessin Helene an dich auf deinem Schreibtisch gesehen
ich glaube, als er dich in Schellingens besuchte.“

Graf Rainer biß die Zähne zusammen.

„Wie indiskret!“ sagte er dann scharf und
schneidend.

Er konnte sich nicht erinnern, ob er jemals diesen
Brief hatte auf seinem Schreibtisch liegen lassen. Ganz
sicher war es dann nur für kurze Zeit gewesen sein
der Rogus gerade dann in sein Zimmer geführt hatte.
Gräfin Gerlinde lächelte höhnisch und bitter. Sie
hatte nun wieder Oberwasser, da sie merkte, daß er
ihren Worten Glauben schenkte.

„Was willst du, Rogus tat sich noch etwas darauf
zugute, daß er hinter dein sorgfältig behütetes Ge-
heimnis gekommen war. Dein maß der Sache natür-
lich nicht so viel Wichtigkeit bei, wie du. Im übrigen
kannst du ruhig sein, er hat mit keinem Menschen
darüber gesprochen, als mit mir.“

„Das war schon zu viel. Ueberhaupt — ich ver-
stehe Rogus nicht und hätte ihm nie eine solche Indis-
kretion zugetraut. Es muß ein ganz seltsamer Zu-
fall gewesen sein, daß er diesen einzigen Brief, der
ich besitze, zu Gesicht bekommen hat, denn ich habe
ihn immer streng gehütet. Es muß ausgerechnet das
Moment gewesen sein, da ich den Brief aus meiner
Brieftasche auf meinen Schreibtisch gelegt habe, um
ihn einzuschließen.“

„Ja, ja“, sagte sie hastig, „so wird es gewesen
sein. Du wolltest mir ja vorhin nicht glauben, daß
Rogus oberflächlich war. Er hat darüber gelacht wie
über einen guten Scherz. Ich habe mir gleich gesagt,
daß dir das peinlich sein mußte und habe nicht nur
Rogus strengstens stillschweigen darüber zur Pflicht
gemacht, sondern auch selbst es gewahrt. Du kannst
also unbesorgt sein.“

Graf Rainer faßte ihre Hand, die kalt und leblos
in der seinen lag.

„Dafür bin ich dir zu großem Dank verpflichtet,
Gerlinde, und ich möchte dich bitten, dies Stillschweigen
auch in Zukunft nicht zu brechen. Nicht meinestwegen
bitte ich darum, sondern wegen der Großherzogin
Helene und den höchsten Herrschaften. Der Groß-
herzog weiß nichts von jener Episode aus dem Leben
seiner hohen Gemahlin.“

(Fortsetzung folgt.)

die gesamte Besatzung sind dem Krankenhaus
geführt worden. Von den beiden Erkrankten ist
eine Frau gestorben.

Zwischen Krieg und Frieden.

Von einem militärischen Mitarbeiter.

Die unsere Oberste Heeresleitung vorausgesehen hat, daß seine Anstrengungen fort, vor Beginn des
Krieges und ehe die Kohlenknappheit sich immer fühl-
barer im Unterhalt macht, unter Einsatz ungeheurer
Mengen von Menschen und Material die Westfront ein-
nehmen. Amerikaner und Engländer sind ganz auf die
Angelegenheit und nicht umsonst hat die Regierung der Ver-
einigten Staaten eingewilligt, daß alle amerikanischen Trup-
pen auf Frankreichs Erde dem französischen Generalstabs-
unterstellt werden. Aber die unvoreingenommene Kritik muß
feststellen, daß Fochs Anstrengungen vergeblich, daß sein
militärisches Blutopfer umsonst sind. Er kann — je-
doch zwischen Krieg und Frieden — die ersehnte Ernte nicht
mehr in die Scheuern bringen. Mit jedem Tage treten
die deutschen Abwehrerfolge deutlicher in die Erscheinung,
und wenn auch noch mit weiteren starken Angriffen zu
rechnen ist, so steht doch heute schon fest, daß das Ge-
neraloffensive des Verbandes, die Durchbrechung
und Aufrollung unserer französisch-belgischen Front für
dieses Jahr nicht mehr erreicht werden kann.

Die Entente steht nun zwei Wege vor sich, um sich für
den ausgebliebenen Erfolg zu entschädigen. Zunächst treibt
sie wieder eine großzügige Propaganda, um durch über-
triebene Meldungen über deutsche Verluste die Stimmung
der eigenen Truppen zu heben und die Moral der deutschen
Soldaten zu ermüden. Für uns genügt dem gegenüber
die einfache amtliche Feststellung, daß die Ententeleistungen
über deutsche Verluste an Vermietten und Gefangenen die
Wirklichkeit um ein Vielfaches übersteigen. Die letzten
Tage aber haben unseren Feinden noch einen zweiten, nach
ihrer Meinung sichereren Weg eröffnet, das Ziel zu er-
reichen. Die französische Presse gibt der Welt davon
Kunde, indem sie die Meinung vertritt, daß mit Deutsch-
land und seinen Verbündeten nicht verhandelt werden
dürfte, solange das französische und belgische Gebiet nicht
geräumt sei, mit andern Worten, die Vorbedingung für
einen Waffenstillstand müsse die Zurückziehung unserer
Truppen bis zur deutschen Grenze sein. Daß eine solche
Forderung unannehmbar für uns wäre, weil sie den Weg
zur Selbstvernichtung bedeutet, scheint man in Frankreich
gar nicht in Erwägung zu ziehen.

Die Sachlage ist doch die: Unsere Heere stehen noch
immer unbefestigt auf feindlichem Boden und die Fortsetzung
der von Foch eingeleiteten Kampfstrategie würde die Ver-
wüstung des besetzten Gebietes in demselben Maße be-
deuten, wie sie über jene Landesteile hereingebrochen ist,
in denen bisher der Kampf gelobt hat. Die feindliche
Heeresleitung muß sich sagen, daß der Verdrängung unserer
Truppen aus Nordfrankreich und Belgien, wenn sie über-
haupt denkbar ist, die Vernichtung der blühendsten Städte,
wie Lille, Roubaix, Gent, Brügge, Brüssel, Namur
und Lüttich vorausgehen müßte, ähnlich wie
Amiens, Soissons, Cambrai, St. Quentin und
andere vernichtet worden sind. Man muß sich also auf
Seiten unserer Gegner und besonders im französischen Lager
die Frage vorlegen, ob die Vorteile, die eine Fortsetzung
des Kampfes bringen kann, die Opfer wert sind, die sie
notwendigerweise erfordern würde. In eine Räumung
des besetzten Gebietes als Vorbedingung des Waffenstill-
standes kann Deutschland aus Selbsthaltungstriebe nicht
willigen. Wenn nämlich in den etwaigen Verhandlungen,
unter Friedensbedingungen angenommen werden sollten, die
unserer Ehre und Würde widersprechen, wenn wir dann
gezwungen wären, den Kampf um Leben und Tod fortzu-
setzen, so wäre die Voraussetzung für das entscheidende
letzte Ringen für uns ungleich ungünstiger als jetzt.

Das Schicksal, das unter Umständen die französische
und belgischen Städte bedroht, würde unser Industriegebiet
bedrohen: Aachen, Trier, Köln, Karlsruhe, Mannheim
und viele andere blühende Städte wären verloren, ganz
abgesehen davon, daß wir strategisch und kriegswirt-
schaftlich in einer Lage wären, die kaum Aussicht
auf siegreiche Selbstbehauptung böte. Kein Deutscher
wird den Waffenstillstand um den Preis unserer
Schlosigkeit, kein Deutscher den Frieden um den Preis
unserer Erniedrigung, Entwürdigung und Vernichtung.
Unsere Westfront ist intakt. Sie steht fest in Er-
wartung des Friedens, zu dem Deutschland die Hand
geboten hat, aber auch entschlossen und bereit, den Kampf
fortzusetzen, wenn Freiheit und Ehre es gebieten.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Preissturz auf dem Pfälzer Weinmarkt.** Ein plötzlicher
Preissturz ist in den Pfälzer Weinmärkten eingetreten. Man
ist auf einmal sehr zurückhaltend geworden, und der Absatz
größerer Geschäfte stockt vollkommen. Der Handel hält sich
zurück, da man durch die neuen politischen Verhältnisse weitere
Preisrückgänge befürchtet. Man ist der seltenen Überzeugung,
daß die Preise noch weiter zurückgehen werden. Eine große
Anzahl von Weinhandlungen, die bereits große Geschäfte ab-
schließen, haben durch den Preissturz Hunderttausende von
Mark verloren.

* **Erneuerung von Warenzeichenschutz in Russland.** Alle
von der früheren russischen Regierung unter Schutz gestellten
Warenzeichen müssen, um nicht schutzlos zu werden, von
neuem angemeldet und eingetragen werden. Die Urkunden
sind spätestens bis 1. November d. J. bei dem Volks-
kommissariat für Handel und Industrie in Moskau (Abteilung
für inneren Handel) einzureichen. Die Erneuerung muß
mindestens für die Dauer von fünf Jahren beantragt werden.

* **Anmeldung der in St. Petersburg für deutsche Reichs-
angehörige Lagernden Möbel.** Da möglicherweise die Peters-
burger Behörden über die Rückgabe der in den dortigen
Möbelkellern aufbewahrten Möbel und sonstigen Gegenstände
an die berechtigten Bestimmungen treffen werden, wird den
Beteiligten empfohlen, sofort dies noch nicht geschehen ist,
sich möglichst bald bei dem Deutschen Generalkonsulat in St. Peters-
burg für Lagergut unter Angabe des Möbelkellers und der
Quellungsnummer sowie ihrer weiteren Wünsche anzumelden.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 9. Oktober 1918.

* **(Sperre für Fracht-Stückgüter.)** Wie
man uns mitteilt, werden Frachtstückgüter am 10., 11.
und 12. Oktober von Stationen des Direktionsbezirks
Frankfurt (Main) zur Beförderung nicht angenommen.
Die außerhalb dieser Sperrtage gültige Freiliste für
den Stückgutverkehr wurde eingeschränkt. (Näheres
siehe Anzeiger.)

* **(Erweiterung hypothekarischer Be-
leihung durch die Nass. Landesbank.)** Nach

einer Bekanntmachung des Landeshauptmanns in
Nassau im letzten Regierungs-Anzeiger ist an Stelle
des Landesbankgesetzes vom 16. 4. 1902 die vom Kom-
munalparlament in seiner Sitzung vom 8. Mai ds. Js.
beschlossene und durch Königl. Verordnung genehmigte
Satzung der Nassauischen Landesbank und Spar-
kassen getreten. Die neue Satzung bringt gegenüber
dem bisherigen Zustande die Ausdehnung der Beleihungs-
grenze für 1. Hypotheken bis 60 Prozent des Wertes
und die Ermächtigung zur Ausleihung 2. Hy-
potheken bis zu 75 Prozent des Wertes gegen Bür-
schaft einer öffentlichen Körperschaft. Hiermit ist den
Wünschen der Haus- und Grundbesitzer des Regie-
rungsbezirks nach einer Erweiterung der hypotheka-
rischen Beleihung Rechnung getragen.

Dillenburg. Die Versteigerung des Obstes von
den städtischen Baumstücken ergab den ansehnlichen Be-
trag von 5018 Mark.

Weilburg. Zur Hebung der Fischerei wurden
im abgelaufenen Jahr vom Fischereiverein für den
Regierungsbezirk Wiesbaden in die Bahn ausgelegt:
105 Pfund Karpfenschnitzlinge bei Weilburg, 500 Stück
Karpfenschnitzlinge ebenda, 1000 Stück Landerfische
zwischen Weilburg und Böhmerberg, 80 000 Stück Hecht-
brut bei Weilburg und Munkel.

Montabaur. Das hiesige Kaiser Wilhelm-
Gymnasium kann auf ein 50-jähriges Bestehen zurück-
blicken, denn am 5. Oktober 1868 wurde das Progym-
nasium, das an die Stelle der früheren Realschule
trat und sehr bald zum Vollgymnasium sich auswuchs,
feierlichst eröffnet. Den heutigen Zeitumständen ent-
sprechend mußte von einer öffentlichen Feier abge-
sehen werden.

Rastätten. Im Lokomotivschuppen der Klein-
bahn wurde der 41-jährige Philipp Berg aus Oels-
berg von einer Stichtlampe tödlich verbrannt. Kurz
nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb er.

Braubach. Bei einer hier stattgefundenen Güter-
versteigerung wurden unerhörte Preise erzielt. So z.
B. wurde ein Haus um 80 Prozent mehr gegen den
Friedenswert losgeschlagen. Feld und Wiesen erfuhr
eine Steigerung von 200—300 Prozent.

Wiebich. Auf dem Bahnhof Wiebich-Ost ge-
riet ein Offizier, der von einem schon abfahrenden
Zuge noch abspringen wollte, unter die Räder und
wurde auf der Stelle getötet.

Halle. Der verstorbene Kommerzienrat Karl
Enke (Schleuditz) hat den Provinzialverbänden der
Provinz Sachsen zur Errichtung von Pflegestätten für
alte Leute in den Städten Weißenfels und Raumburg
200 000 Mark vermacht.

o **Muß der Soldat Steuern zahlen?** Bei dem außer-
ordentlich starken Wechsel im Personal der Steuerbehörden
und bei den fortwährenden Neueinberufungen ist es sehr
schwer möglich, daß auch ein Soldat einmal eine Steuer-
veranlagung ausgestellt erhält. In den meisten Fällen wissen
die Betroffenen selbst oder deren Ehefrauen nicht, wie sie
sich einer solchen Zustellung gegenüber zu verhalten haben.
Das Militäreinkommen der Mannschaften und Unteroffiziere
des Friedensstandes ist steuerfrei vom Tage der Einberufung
ab. Hat ein Soldat außer seiner Löhnung kein weiteres
Zuflueinkommen, so ist er von der Zahlung von Steuern
befreit, wie es ebenfalls verkehrt ist, zu behaupten, daß
von den heimgekehrten Kriegern später einmal die ausstehenden
Steuern eingezogen werden könnten. Anders verhält es
sich dagegen mit solchen Soldaten, die auch im Waffen-
stand noch anderweitige Einkünfte haben, die sich im Besitz
eines Geschäftes befinden oder ihr Zivilgehalt weiter
beziehen. Bayern, Baden und Sachsen haben das
Friedensminimum unverändert beibehalten, da-
gegen haben Preußen, Anhalt und Braunschweig die Grenze
des steuerfreien Kriegereinkommens auf 3000 Mark,
Württemberg auf 3200 Mark erhöht. Wer sich also durch
eine Steueranmeldung benachteiligt fühlt, kann dagegen
Einspruch erheben, ohne im allgemeinen an die übliche
Beschränkung (in Preußen vier Wochen) gebunden zu
sein, ja, er hat sogar die Möglichkeit auch nach Verbin-
dung des Krieges noch Einspruch zu erheben. Wichtig ist
auf jeden Fall, daß man derartige Steueranmeldungs-
formulare nicht achtlos beiseite wirft, weil man ja Soldat
ist, sondern, daß man sich möglichst sofort mit der Steuer-
behörde ins Einvernehmen setzt und sie über das derzeitige
Militärverhältnis genau unterrichtet, wenn anders nicht
das Formular bereits den Bismarck „Kriegsteilnehmer“
einstufig lesbar trägt.

o **Erziehung der Kriegsbeschädigten zur Selbstän-
digkeit.** Die Kriegsbeschädigten wollen wieder ganze
Menschen, vollwertige Glieder der Gesellschaft sein, die
sich von Gefunden möglichst wenig unterscheiden. Sie
wollen im öffentlichen Verkehr nicht auffallen und nicht
angehaßt werden, alle Verrichtungen des täglichen Lebens
wieder so wie andere gesunde Menschen und möglichst
ohne in die Augen fallende besondere Hilfsmittel vor-
nehmen. All das läßt sich weit leichter erreichen,
als man allgemein annimmt. Die Ärzte und
Schwestern sind demgemäß — bei aller Hilfsbereitschaft
— von Anfang an bemüht, die Verbundenheit, die ein
Organ oder Glied oder doch seine Verbrauchsfähigkeit ganz
oder teilweise eingebüßt haben, zu möglicher Unabhängig-
keit von fremder Hilfe anzuleiten. Was es dem gedanken-
los Zuschauenden auch manchmal unbarmherzig erscheinen
kann, der Kriegsbeschädigte erkennt rasch und dankbar, wie sehr
diese Erziehung zur Selbstständigkeit in seinem Interesse liegt.
Aber zu Hause stellen sich seinem Streben vielfach größere
Hindernisse in den Weg. Dort sind meist alle: Frau, Eltern,
Geschwister und sonstige Verwandte — zweifellos in bester
Absicht — bemüht, dem Kriegsbeschädigten alle Tätigkeiten
abzunehmen, die ihm vielleicht Schwierigkeiten bereiten
und daher den alten Seelen Schmerz wieder aufliegen lassen
könnten. Sie täuschen den Kriegsbeschädigten aber so nur
für kurze Zeit über den nicht mehr zu ändernden Verlust
hinweg, und um so schwerer ist dann die Enttäuschung,
die zweifellos kommt, wenn der Kriegsbeschädigte einmal
ihre Hilfe entbehren muß, z. B. wenn er allein verreist.
Deshalb mögen alle, die mit Kriegsbeschädigten in engere
Verührung kommen, ihrem Streben zur Wiedererlangung
ihrer Unabhängigkeit Verständnis entgegenbringen und es
nach Kräften fördern.

o **Wer ist minderbemittelt?** Allem Streit über die
vielfach in der letzten Zeit aufgeworfene Frage: „Wer ist
minderbemittelt?“ will eine Bekanntmachung der Kleider-
stelle der Stadt Leina über die Verleumdung der minder-

bemittelten Bevölkerung mit Befriedigung ein Ende
machen. Daraus geht hervor, daß als Minderbemittelte
zu gelten haben zunächst einmal alle Personen, deren
Einkommen bis zu 3100 Mark jährlich beträgt; weiter
aber — und das ist das bemerkenswerte — verheiratete
Personen ohne Kinder bis zu einem Einkommen von
5300 Mark, solche mit einem unterhaltungsbedürftigen
Kinde bis zu 6800 Mark, mit zwei Kindern bis zu 7300
Mark usw. Jedes weitere Kind wird dann mit 1000 Mark
angerechnet. Ein Familienvater, der z. B. 9300 Mark
jährlich verdient und vier Kinder zu unterhalten hat, gilt
also im Sinne dieser Verordnung noch als minder-
bemittelt! Diese Staffelung, die hier praktisch durch-
geführt wird, ist sehr geeignet, die gewaltige Entwertung
des Geldes vor Augen zu führen, Gehälter von 9300
Mark und mehr galien selbst für einen Familienvater im
Frieden als hoch und man war geneigt, den Bezieher
eines Einkommens von 10 000 Mark mit Recht zu den
„oberen Zehntausend“ zu zählen. Heute muß er es sich
unter Umständen gefallen lassen, zu den Minderbemittelten
gezählt zu werden! Die Wirtschaftsgeschichte dieses
Krieges hat eben eine Entwicklung genommen, die über
alle, selbst die gewagtesten Prophezeiungen, hinweg-
geschritten ist. Man ist nur immer wieder versucht, die
bange Frage aufzuwerfen, wohin denn diese Schraube ohne
Ende, unter der besonders diese Minderbemittelten schwer
und hilflos seufzen, noch führen wird.

*Die folgende
Kassenschrift
hat auf der Rückwand
des Kassenschranks
eingeschnitten.
Bismarck.*

Letzte Nachrichten.

Die Wiedereinberufung des Reichstages.

Berlin, 9. Okt. (TU) Präsident Fehrenbach hat
die nächste Reichstagsitzung auf Samstag, 12. Okto-
ber, 1 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht
Entgegennahme von Mitteilungen des Herrn Reichs-
kanzlers.

Eingreifen des Papstes.

Zürich, 9. Okt. (TU) Wie die „Neuen Zürcher
Nachr.“ melden, wird der Papst alles aufbieten, da-
mit keine Abgabe des Friedensangebotes erfolgt.

Wilson.

Berlin, 9. Okt. (TU) Zur Frage, warum sich
die deutsche Friedensnote nicht direkt an alle kriegs-
führenden Mächte, sondern auf dem Wege über den
Präsidenten Wilson an sie gerichtet wird, wird dem
„Vorwärts“ geschrieben: Mit der Annahme des Wil-
son'schen Programms hat die deutsche Regierung einen
Schritt getan, dessen Bedeutung neben der sachlichen
Seite auch darin liegt, daß damit der Verantwortung
des Präsidenten Wilson ein Vertrauensvotum
weiträumigster Art ausgestellt worden ist, ein Ver-
trauen zur Aufrichtigkeit in die ideale Weltanschauung,
die in den Kundgebungen des Präsidenten Wil-
son gekommen ist. Aus dieser Auffassung wächst die
Erwartung, daß Herr Wilson das von ihm aufgestell-
te Prinzip Deutschland gegenüber in einer Weise ein-
gehalten wird, die sich aus seiner gerechten Anwen-
dung ergibt und damit auch den Interessen unseres
Volkes entspricht. Der Präsident hat immer zum
Ausdruck gebracht, daß sein Programm als unteilbares
Ganze aufzufassen ist. Das deutsche Angebot hat sich
in der Erkenntnis, daß auch damit ein Gebot der Ge-
rechtigkeit erfüllt würde, dieser Voraussetzung ange-
nommen. Das Vertrauen, das das deutsche Volk zum
Ausdruck bringt, läßt uns in Ruhe die Antwort er-
warten.

Die Zerklüftung Oesterreichs.

Wien, 9. Okt. (TU) In der gestrigen Sitzung
des Abgeordnetenhauses, in der Ernährungsfragen
behandelt wurden, waren die Tschechen nicht erschienen.
Sie warten, wie verlautet, die Antwort Wilsons ab,
um dann die feierliche Erklärung abzugeben, daß sie
nicht länger an den Verhandlungen des Abgeordnet-
hauses teilnehmen werden, da sie die Selbstständigkeit
des tschechoslowakischen Staates erwarten. Die ge-
mäßigten Tschechen bleiben in der Minderheit. Wie
verlautet, sollen die Tschechen die Nachricht erhalten
haben, daß Wilsons Antwort hart ausfallen werde.
Diese Haltung der Tschechen hat auch die Verschiebung
des Nationaltages veranlaßt.

Budapest, 9. Okt. (TU) Die Stimmung in den
politischen Kreisen Ungarns drängt immer mehr zur
Erklärung der politischen Unabhängigkeit Ungarns
von Oesterreich. Die ungarischen Parteien trachten
beinahe ausnahmslos nach der Personal-Union zwi-
schen Oesterreich und Ungarn, die dem Kaiser von
Oesterreich-Ungarn zwar die ungarische Krone als Kö-
nig von Ungarn läßt, sonst aber eine völlige Trennung
der beiden Reichshälften erstrebt. Sowohl Graf Ju-
lius Andrássy wie Graf Tisza haben sich in diesem
Sinne ausgesprochen, daß Ungarns Stellung unbe-
dingt gestärkt aus dem Kriege hervorgehen müsse.

Bedeutungsvolle Änderungen im türkischen Kabinett.

Berlin, 9. Okt. (TU) Wie aus Konstantinopel
gemeldet wird, ist im türkischen Kabinett eine Umän-
derung eingetreten. Der bisherige Großvezir Talaat
Pascha ist durch Dawud Pascha ersetzt worden.

An die Stelle des bisherigen Kriegsministers
Enver Pascha ist der frühere Kriegsminister Izzet Pa-
scha getreten. Zum Minister des Äußeren wurde der
der Opposition angehörende Senator Ahmed Riza

Bei ernannt. Die jetzige Zusammensetzung des Kabinetts bekundet den allgemeinen Friedenswillen des türkischen Volkes. Der Kabinettswechsel ist der türkischen Gesandtschaft in Berlin bisher nicht gemeldet worden. An der Richtigkeit der Nachricht ist aber nicht zu zweifeln.

Die finnische Königswahl.

Helsingfors. 9. Okt. (Zl.) Es verlautet, daß die Regierung beabsichtigt, am Montag ein Schreiben vorlegen werde, worin sie den Landtag auffordert, unmittelbar zur Königswahl zu schreiten. Die Königswahl würde demnach Mittwoch stattfinden. Dieser Beschluß dürfte als das Ergebnis von Beratungen anzusprechen sein, die zwischen der Regierung und den Parteiführern gepflogen worden sind.

Neue Einrichtungen in Petersburg.

Stockholm, 9. Okt. (Zl.) Die entente-freundliche Agentur „Nordische Presszentrale“ meldet aus Petersburg: Der frühere Kriegsminister Gutschkow sowie das einflussreiche Mitglied der Oktoberistenpartei, Risikis, seien hingerichtet worden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Aufforderung

betr. Einkommensteuer-Beranzlagung pro 1919.

Diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, welche ein Einkommen von 3000 Mark oder weniger haben, fordern ich im eigenen Interesse behufs Vermeidung von Berufungen hiermit auf, die Anträge von

1. Schuldzinsen,
2. Renten und dauernden Lasten, die auf Privatrechtstiteln oder auf Kirchenpatronatsverpflichtungen beruhen,
3. Beiträgen zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Wittwen-, Waisen- und Pensions-Kassen,
4. Versicherungsprämien, welche für die Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbstständig zu veranlagenden Haushaltangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden,
5. Schuldentilgungsbeiträge, welche bei der demnächstigen Beranzlagung zur Einkommensteuer auf Grund des § 8 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 19. Juli 1906

berücksichtigt haben wollen, spätestens bis zum 15. ds. Mts. auf Zimmer Nr. 12 des Rathauses anzumelden und Policen, durch Vorlage von Belegen (Zins-, Beitrags-, Prämienquittungen pp.) nachzuweisen.

Herborn, den 8. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme des Personenstandes zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1919 ist gemäß Artikel 40 der Ausführungsanweisung vom 25. Juli 1906 zum Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 19. Juli 1906 auf

Dienstag, den 15. Oktober ds. Js.

festgesetzt worden.

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes ist jeder Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder dessen Stellvertreter verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstück vorhandenen Personen mit Namen, Berufs- oder Erwerbsart, Geburtsort, Geburtstag und Religionsbekenntnis für Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschl. der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer die in Gemäßheit § 23 erforderliche Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist garnicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird nach § 74 des Gesetzes mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft.

Auch wer der in § 66 vorgeschriebenen Verpflichtung zur An- und Abmeldung nicht rechtzeitig nachkommt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 20 Mk. bestraft.

Dies wird mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß den Haushaltungsvorständen in den nächsten Tagen die Hauslisten zugehen werden, welche vollständig und richtig ausgefüllt am

15. Oktober

vormittags zur Abholung bereit sein müssen. Strafe und Hausnummer am Kopf der Hausliste ist genau auszufüllen.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, in den in der Hausliste hierfür vorgesehenen Spalten freiwillige Angaben über ihre und ihrer Haushaltangehörigen Einkommen- und Vermögensverhältnisse, sowie für einen zweiten und ferneren Wohnsitz, auswärtigen Grundbesitz oder Gewerbebetrieb und die Höhe des hieraus fließenden Einkommens zu machen.

Derartige Angaben sind im Interesse der Steuerpflichtigen sehr zu empfehlen.

Es wird besonders bemerkt, daß auch die infolge der Mobilmachung Einberufenen in die Hausliste aufgenommen werden müssen.

Herborn, den 9. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Lebensmittelversorgung.

Am Freitag nachmittag von 1—5 Uhr im Rathausaal Ausgabe auf Abschnitt Nr. 14 der Haushaltungskarte.

Herborn, den 9. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Brotzuschkarten für gewerbl. Schwerarbeiter.

Morgen, Donnerstag, den 10. September 1913 kommen die neuen Brotzuschkarten für gewerbliche Schwerarbeiter zur Ausgabe.

Für landwirtschaftliche Schwerarbeiter, die gleichzeitig Brotselbstversorger sind, können Karten diesmal nicht ausgeben werden. Ausgabe Zimmer Nr. 6 des Rathauses.

Herborn, den 9. Oktober 1918.

Der Wirtschaftsausschuß: Rückert.

Bekanntmachung.

Frachttüchsgüter werden am 10., 11. und 12. Oktober 1918 von Stationen des Direktionsbezirks Frankfurt (Main) zur Beförderung nicht angenommen.

Die außerhalb dieser Sperrtage gültige Freiliste für den Stückgutversand ist eingeschränkt worden. Nähere Auskunft erteilen die Auskunftsstelle für Güterverkehr, Frankfurt (Main), Hohenzollernplatz 35, sowie die Güterabfertigungen.

Frankfurt (M), den 8. Oktober 1918.

Königliche Eisenbahndirektion.

Zwangsversteigerung.

Donnerstag, den 10. Oktober ds. Js., vormittags 10 Uhr versteigere ich in Herborn gegen bare Zahlung 1 Ladenheke, Ladenbänke, 1 Dezimalwage u. a. mehr.

(Zusammenkunft beim Gemeindehause.)

Weber, Gerichtsvollzieher.

100 Mark Belohnung

demjenigen, der den Dieb ausfindig macht, welcher mir gestern, Dienstagabend zwischen 6 und 7 Uhr in einem Bleichgarten in der Nähe der Lohmühle zwei Körbe mit weißer Leibwäsche gestohlen hat. Der eine Korb ist gezeichnet A. Damm.

Rektor Schumann.

Das

Sammeln von Bucheckern

auf der hiesigen Viehweide ist für Fremde verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Seilhofen, den 8. Oktober 1918.

Hof, Bürgermeister.

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen, Rübensneider, Brockelmühlen, Futter Schneidmaschinen,

Räucherapparate (Qualm)

sosort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche

Filterfabrik Roth (Dillkreis).

Nur für Wiederverkäufer

Lagerbesuch lohnend in

Glas, Porzellan, Emaille, Spielwaren, Kurzwaren und Bürstenwaren

empfiehlt

Albert Rosenthal, Nassau.

Solides, tüchtiges

Mädchen

zum 1. November gesucht.

Frau Carl Kemp.

Zuverläss. Mädchen

in einen kleinen Haushalt

(zwei Damen) gesucht.

Frau Sanitätsrat Romberg

Braubach a. Rhein.

Ein besseres, zuverlässiges

Alleinmädchen

in Küche und Haus erfahren,

zum 1. November gesucht.

Frl. Emma Heerz,

Wehlar, Promenade 1a.

Beabsichtige mein massives

Wohnhaus

(Geschäftshaus)

mit 2 Gärten anderweitigen

Unternehmen halber zu ver-

kaufen. Näheres in der

Geschäftsstelle ds. Bl.

An- und Verkaufsgenossenschaft. (Raiffeisenverein)

Das bestellte Chlorkalk ist bei Rechner Schäfer abzuholen.

Der Vorstand.

Obstbäume

Kern-, Stein- und Beerenobst in allen Formen und erstklassiger Ware.

Coniferen und Allee-bäume sowie sonstige Baumschulartikel.

C. Lohse, Baumschulen und Kirchen an der Gartenbaubetrieb Sieg.

— Neueste Preisliste kostenfrei. —

Bekanntmachung.

Eicheln und Kastanien

unterliegen der gesetzlichen Beschlagnahme. Es wird gesunde waldfrische, aber schalentrockene Früchte bezogen.

für Eicheln Mk. 6,50 je 100 Pfund

„ Kastanien „ 5,00 „ „

frei Sammelstelle. Die Sammelstellen sind in den Schulen.

Heinrich Heller Sohn in Darmstadt

Hauptaufkäufer

der Reichsfuttermittelstelle in Berlin.

Wer sich in

Obstbaumzucht und Pflege

ausbilden will, findet geeignete Stelle.

Freie Station kann gestellt werden.

Siegerländer Baumschulen

Willibald Pätzold, Weidenau-Sieg.

Per sofort oder später suche ich ein

Fräulein oder Mädchen

zu 2 Kindern (2 Jahren und 12 Wochen), welches auch Hausarbeit mit übernimmt. Etwas Kenntnisse im Nähen sind auch erwünscht. Köchin vorhanden.

Frau Gerster-Schmitt, Mainz.

Große Bleiche Nr. 19 I.

Gestern abend 11 Uhr verschied nach längerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Carl Decker

im Alter von 19 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Familie Frh. Aug. Decker.

Herbornseelbach, Frankreich u. Erdbach, den 9. Oktober 1918.

der Kaufmann

Georg Kamm

im Alter von 39 Jahren.

Herborn, den 9. Oktober 1918.

In tiefer Trauer

im Namen aller Hinterbliebenen:

Clara Kamm, geb. Gast,

Gertrud und Erna Kamm.

Die Beerdigung findet Freitag, den 11. Oktober 1918, nachmittags 5 Uhr statt.